



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

"Handels- und Gewerbekammer in Wien. Bericht der I. Sektion ber den Entwurf eines Bckerschutzgesetzes..."

Liczba stron oryginału

12

Liczba plików skanów

13

Liczba plików publikacji

13

Sygnatura/numer zespołu

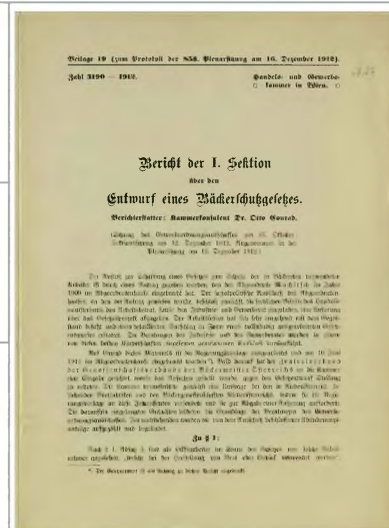
TR 068.027

Data wydania oryginału

1912

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Bericht der I. Sektion

über den

Entwurf eines Bäckerchutzgesetzes.

Berichterstatter: Kammerkonsulent Dr. Otto Conrad.

(Sitzung des Gewerbeordnungsausschusses am 25. Oktober;
Sektionsitzung am 12. Dezember 1912. Angenommen in der
Plenarsitzung am 16. Dezember 1912.)

Der Anstoß zur Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der in Bäckereien verwendeten Arbeiter ist durch einen Antrag gegeben worden, den der Abgeordnete Muchitsch im Jahre 1909 im Abgeordnetenhaus eingebracht hat. Der sozialpolitische Ausschuß des Abgeordnetenhauses, an den der Antrag gewiesen wurde, beschloß zunächst, die fachlichen Beiräte des Handelsministeriums, den Arbeitsbeirat, sowie den Industrie- und Gewerbeberater einzuladen, eine Äußerung über das Gesetzesprojekt abzugeben. Der Arbeitsbeirat hat sich sehr eingehend mit dem Gegenstand befaßt und einen detaillierten Vorschlag in Form eines vollständig ausgearbeiteten Gesetzesentwurfes erstattet. Die Beratungen des Industrie- und des Gewerbeberaters wurden in einem von diesen beiden Körperschaften eingesetzten gemeinsamen Ausschuß durchgeführt.

Auf Grund dieses Materials ist die Regierungsvorlage ausgearbeitet und am 10. Juni 1912 im Abgeordnetenhaus eingebracht worden*). Bald darauf hat der Zentralverband der Genossenschaftsverbände der Bäckermeister Österreichs an die Kammer eine Eingabe gerichtet, worin das Ansuchen gestellt wurde, gegen den Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen. Die Kammer veranstaltete zunächst eine Umfrage bei den in Niederösterreich bestehenden Brotfabriken und den Bäcker genossenschaften Niederösterreichs, indem sie die Regierungsvorlage an diese Interessenten versendete und sie zur Abgabe einer Äußerung aufforderte. Die daraufhin eingelangten Gutachten bildeten die Grundlage der Beratungen des Gewerbeordnungsausschusses. Im nachstehenden werden die von dem Ausschuß beschlossenen Abänderungsanträge aufgezählt und begründet.

Zu § 1:

Nach § 1, Absatz 3, sind als Hilfsarbeiter im Sinne des Gesetzes nur solche Arbeitnehmer anzusehen, „welche bei der Herstellung von Brot oder Gebäck verwendet werden“.

*) Der Gesetzesentwurf ist als Anhang zu diesem Bericht abgedruckt.

Diese Bestimmung verfolgt, wie der Motivenbericht hervorhebt, den Zweck, das Anwendungsgebiet des Gesetzes auf jene Arbeitnehmer zu beschränken „welche unmittelbar mit der Herstellung von Brot oder Gebäck befaßt sind, weil die gesundheitliche Benachteiligung und die Nacharbeit hauptsächlich bei dieser Kategorie von Arbeitern in Betracht kommen“. Da nun aber im Gesetzestext das Wort „unmittelbar“ fehlt, ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß das Gesetz auch auf solche Hilfsarbeiter ausgedehnt werden könnte, welche wie Magazin-
Antrag 1. arbeiter, Maschinisten usw. nur mittelbar an der Broterzeugung mitwirken. Es wird deshalb beantragt, nach dem Wort „welche“ das Wort „unmittelbar“ einzuschalten.

Der zweite Satz des Absatzes 3 bestimmt, daß die Hilfsarbeiter den Vorschriften des Gesetzes auch dann unterworfen bleiben, wenn sie außer zur Broterzeugung zu andern Arbeitsverrichtungen herangezogen werden. Solange es sich hierbei um gewerbliche Arbeiten handelt, erscheint diese Vorschrift begründet, dagegen empfiehlt es sich nicht, sie auch auf landwirtschaftliche Arbeiten anzuwenden. Auf dem Lande dauert die Arbeit in den Bäckereien häufig nicht länger als fünf oder sechs Stunden. In der übrigen Zeit wird der Arbeiter zu landwirtschaftlichen Arbeiten verwendet. Es wäre doch wohl zu weit gegangen, wenn auch auf diese
Antrag 2. Verrichtungen die Vorschriften des Gesetzes über die Arbeitspausen, die Sonntagsruhe usw. in Anwendung gebracht würden. Demgemäß wird beantragt: Zwischen den Worten „anderen“ und „Arbeitsverrichtungen“ das Wort „gewerblichen“ einzuschalten.

Zu § 3:

Nach den geltenden Vorschriften ist es dem Gewerkeinhaber gestattet, die Ruhepausen, insbesondere die einstündige Mittagspause, soweit dies der Betrieb erfordert, entsprechend zu verlegen oder zu verteilen. (§ 1, Punkt 12, der Ministerialverordnung vom 27. Mai 1885 R.-G.-Bl. Nr. 82.) Dagegen wird nunmehr im zweiten Absatz des § 3 vorgeschrieben, daß ein bestimmter Teil der Pausen ohne Unterbrechung zu gewähren ist.

Gegen diese Neuerung sind gewichtige Bedenken geltend zu machen. Was zunächst die für Fabriken geltende Anordnung betrifft, daß die halbstündige Pause ohne Unterbrechung zu gewähren ist, so steht diese Anordnung mit der in jüngster Zeit erfolgten Neuregelung der Arbeitspausen im Widerspruch. Denn die Verordnung vom 14. September 1912, R.-G.-Bl. Nr. 187, womit diese Regelung erfolgte, verlangt lediglich, daß eine Pause von einer Viertelstunde in die Mitte der Arbeitszeit verlegt werde, während die übrigen Pausen dem Gange des Betriebes gemäß verlegt und verteilt werden können (§ 9). Es besteht kein Anlaß, die Brotfabriken ungünstiger als alle andern Fabriken zu behandeln, welche die achtfündige Arbeitszeit eingeführt haben.

Auch in den gewerblichen Betrieben würde die Anordnung einer ununterbrochen zu gewährenden Hauptruhepause den Betrieb wesentlich erschweren. Sie ist andererseits aber auch überflüssig, weil sich infolge der Eigenart des Arbeitsprozesses von selbst zahlreiche Ruhepausen ergeben, so daß die Gewährung einer besonderen Hauptruhepause zur Erholung des Arbeiters nicht nötig erscheint.

Antrag 3. Demgemäß wird beantragt, den 2. Absatz des § 3 zu streichen und die Verlegung und Verteilung der Arbeitspausen nach dem Gange des Betriebes wie bisher zuzulassen. Sollte diesem Antrag nicht entsprochen werden, dann wäre zum mindesten zu fordern, daß an die Stelle
Antrag 4. der Vorschrift, wonach in Fabriken die halbstündige Pause ohne Unterbrechung zu gewähren ist, die oben erwähnte Bestimmung des § 9 der Verordnung vom 14. September 1912 gesetzt werde.

Zu § 5:

In diesem Paragraphen wird die Überstundenarbeit in besonderen Fällen für zulässig erklärt, die Zulassung jedoch auf die Wochentage beschränkt. Diese Beschränkung ist nicht zu

billigen. Wird anerkannt, daß die Notwendigkeit, Überstundenarbeit zu leisten, in den Bäckereien eintreten kann, dann muß dies wohl auch für den Sonntag zugegeben werden. Es wird daher beantragt, im ersten Absatz des § 5 die Worte „nur an Wochentagen, und zwar“ zu streichen. **Antrag 5.**

Die Verlängerung der Arbeitszeit wegen vermehrten Arbeitsbedürfnisses darf nach § 5, Absatz 2, nur an 40 Tagen im Jahre stattfinden. Diese Ziffer ist ganz willkürlich gewählt, ein triftiger Grund, der die Wahl gerade dieser Ziffer rechtfertigen würde, läßt sich nicht anführen. Nach Anschauung der Kammer muß dem Gewerbehhaber wenigstens einmal in jeder Woche die Möglichkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit gegeben werden, wonach sich eine Zahl von 52 Tagen ergeben würde. Da aber auch bei gewissen Feiertagen ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, empfiehlt es sich, die Ziffer noch etwas höher anzusetzen.

Allein auch damit würde das Auslangen nicht gefunden werden können, solange die Bestimmung aufrecht bleibt, daß jeder Tag als Ausnahmetag gezählt wird, an dem auch nur ein Hilfsarbeiter zur Überstundenarbeit herangezogen wird. Denn die Eigenart des Bäckereibetriebes bringt es mit sich, daß die Notwendigkeit einer Arbeitsverlängerung bei den Arbeitern der verschiedenen Kategorien sehr häufig an ganz verschiedenen Tagen eintritt. Die Überstundenarbeit ist daher nicht durch die Zahl der Tage, an denen Überstundenarbeit geleistet werden darf, zu begrenzen, sondern durch die Festsetzung, wie oft jeder Hilfsarbeiter im Jahre zur Überstundenarbeit höchstens herangezogen werden darf. Demgemäß wird beantragt, den zweiten Absatz des § 5 wie folgt zu formulieren: Wegen vermehrten Arbeitsbedürfnisses darf kein Hilfsarbeiter öfter als sechszigmal im Jahre zur Überstundenarbeit herangezogen werden. **Antrag 6.**

Zu § 6:

Überstunden, die durch Verschulden von Hilfsarbeitern veranlaßt wurden, sind den Schuldtragenden nicht zu vergüten. Der Zweck dieser Bestimmung ist, zu verhindern, daß die Notwendigkeit der Überstundenarbeit von den Arbeitern durch mutwillige Verzögerungen herbeigeführt werde, was im Bäckergewerbe infolge der eigentümlichen Natur des Arbeitsprozesses besonders leicht möglich ist. Soll jedoch die Bestimmung ihren Zweck wirklich erreichen, dann muß der Anspruch auf Vergütung der Überstunden nicht nur den Schuldtragenden sondern allen Arbeitern entzogen werden. Der schuldtragende Arbeiter, der die Verzögerung verursacht hat, muß durchaus nicht immer zu denjenigen Arbeitern gehören, die infolge der Verzögerung zur Überstundenarbeit herangezogen werden müssen. Es ist daher sehr leicht möglich, daß ein Arbeiter seinen Genossen durch absichtliche Verzögerung des Arbeitsprozesses Überstundenarbeit verschafft, ohne daß er durch die Bestimmung irgendwie getroffen werden würde. Nur dann, wenn die Verlängerung der Arbeitszeit auch den andern Arbeitern nicht vergütet wird, werden absichtliche Störungen des Arbeitsprozesses hintangehalten werden. Soll also die Gefahr einer Schädigung des Unternehmers durch mutwillige Herbeiführung von Überstundenarbeit beseitigt werden, dann muß die Beschränkung der vorliegenden Bestimmung auf die Schuldtragenden fallen gelassen werden. Demgemäß wird beantragt, im ersten Absatz des § 6 die Worte „den Schuldtragenden“ zu streichen. **Antrag 7.**

Zu § 8:

Die Bestimmungen über die Nachtarbeit jugendlicher Hilfsarbeiter decken sich im wesentlichen mit den bestehenden Vorschriften, da jugendliche Hilfsarbeiter auch heute schon nur während vier Stunden des Nachts zur Tafelarbeit verwendet werden dürfen, und zwar nur in solchen Weißbäckereien, welche innerhalb des Zeitraumes von je 24 Stunden nur einmal Weißgebäck erzeugen. (§ 1, Punkt 4 der Verordnung vom 17. Juni 1898, R.-G.-Bl. Nr. 103.)

Wenn auch mit Rücksicht auf diesen Umstand von der Stellung eines Abänderungsantrages abgesehen wird, so muß doch hervorgehoben werden, daß die Durchführung dieser Vorschrift seit jeher große Schwierigkeiten verursacht hat und immer noch verursacht, so daß eine Erweiterung der Nacharbeit jugendlicher Hilfsarbeiter einem lebhaften Bedürfnis des Bäckergewerbes Rechnung tragen würde.

Zu § 10.

Gegen die Anordnung einer ärztlichen Untersuchung der Lehrlinge ist keine Einwendung zu erheben. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß mit einer solchen Assentierung auch gewisse Gefahren verbunden sind, namentlich die, daß der Arzt bei der Beurteilung der körperlichen Signung einen allzu strengen Maßstab anlegen und so die Freiheit der Berufswahl ungerechtfertigterweise beschränken könnte. Angesichts dieser Möglichkeit dürfte es sich empfehlen, gegen

Antrag 8.

die Entscheidung des Arztes, welche die körperliche Signung des Lehrlings verneint, dem Vater oder Vormund des Lehrlings ein Rekursrecht einzuräumen.

Die I. Sektion beantragt, die Kammer wolle die im Vorstehenden gestellten Abänderungsanträge genehmigen und in einer Petition dem Abgeordnetenhaus vorlegen.

Anhang.

Gesetz

vom

betreffend

die Verwendung von Arbeitern in Bäckereien (Bäckerschutzesetz).

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt

§ 1.

Anwendungsgebiet des Gesetzes.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden — mit Ausnahme der §§ 10 und 11 — nur auf solche Bäckereien Anwendung, in welchen während der Nachtzeit Hilfsarbeiter verwendet werden. Es macht keinen Unterschied, ob diese Betriebe den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterliegen oder nicht.

Als Nachtzeit im Sinne dieses Gesetzes gelten die Stunden von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Der Umstand, daß die Arbeit in einem Bäckereibetriebe sich ausnahmsweise bis in die Nachtstunden erstreckt, begründet nicht die Unterwerfung dieses Betriebes unter die Bestimmungen dieses Gesetzes.

Als Hilfsarbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind nur solche Arbeitnehmer anzusehen, welche bei der Herstellung von Brot oder Gebäck verwendet werden. Werden solche Hilfsarbeiter außerdem auch zu anderen Arbeitsverrichtungen herangezogen, so bleiben sie den Vorschriften

dieses Gesetzes auch hinsichtlich dieser anderen Arbeitsverrichtungen unterworfen.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf die Anstalten des Heeres, der Kriegsmarine und der Landwehr, in denen Brot oder Gebäck erzeugt wird, keine Anwendung.

§ 2.

Tägliche Arbeitsdauer.

Die Arbeitsdauer darf für die Hilfsarbeiter ohne Einrechnung der Arbeitspausen binnen 24 Stunden höchstens betragen:

- a) 11 Stunden, solange in einem Betriebe regelmäßig weniger als sieben Hilfsarbeiter verwendet werden;
- b) 10 Stunden, solange in einem Betriebe regelmäßig sieben oder mehr Hilfsarbeiter verwendet werden.

Für Hilfsarbeiter, welche in fabrikmäßigen Betrieben wöchentlich dreimal oder öfter zur Nacharbeit herangezogen werden, darf diese Arbeitsdauer höchstens 8 Stunden betragen.

Im Zweifel, ob ein der Gewerbeordnung nicht unterliegender Bäckereibetrieb als ein fabrikmäßiger anzusehen ist, entscheidet die politische Landesbehörde nach Einvernehmung der Handels- und Gewerbekammer, im Rekurswege der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern.

Die politische Landesbehörde kann nach Anhörung der in Betracht kommenden Handels- und Gewerbekammern, Genossenschaftsvorstehungen, Gehilfenausschüsse und der etwa bestehenden Genossenschaftsverbände sowie der betreffenden Gemeinden für Orte mit weniger als 1000 Einwohnern eine Verlängerung der täglichen Arbeitsdauer in den nicht fabrikmäßig betriebenen Bäckereiunternehmungen, welche nicht öfter als dreimal wöchentlich während der Nachtzeit Gebäck herstellen, zugestehen.

In gleicher Weise können Ausnahmsbestimmungen für solche Bäckereibetriebe getroffen werden, in denen nur vorübergehend für den allgemeinen Bedarf Brot erzeugt wird.

Die von den politischen Landesbehörden im Grunde der beiden vorstehenden Absätze

erlassenen Vorschriften sind in den Landesgesetzblättern zu verlautbaren und am Schlusse jedes Vierteljahres dem Handelsminister zur Kenntnis zu bringen.

§ 3.

Arbeitspausen.

Zwischen den Arbeitsstunden sind den Hilfsarbeitern angemessene Ruhepausen zu gewähren, welche mindestens betragen müssen:

- a) bei einer Arbeitsdauer von nicht mehr als 8 Stunden: $\frac{1}{2}$ Stunde;
- b) bei einer Arbeitsdauer von nicht mehr als 10 Stunden: 1 Stunde;
- c) bei einer Arbeitsdauer von mehr als 10 Stunden: $1\frac{1}{2}$ Stunden.

Die im Absatz 1 unter lit. a) erwähnte halbstündige Pause ist ohne Unterbrechung zu gewähren. Die übrigen, im Absatz 1 festgesetzten Pausen können auch in Abschnitten gewährt werden; in diesem Falle muß jedoch in den im Absatz 1 unter lit. b) festgesetzten Ruhepausen eine ununterbrochene Pause von mindestens einer halben Stunde und in den im Absatz 1 unter lit. c) festgesetzten Ruhepausen eine ununterbrochene Pause von mindestens einer Stunde enthalten sein. Es sind jedoch ganz geringfügige Arbeitsunterbrechungen nicht als Arbeitspausen anzusehen.

Der Eintritt und die Dauer der Arbeitspausen richtet sich im übrigen nach dem Gange des Betriebes.

§ 4.

Tägliche Mindestruhezeit.

Den Hilfsarbeitern ist nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit zu gewähren, welche mindestens zu betragen hat:

- a) in den im § 2, Absatz 1, unter lit. a) und Absätzen 3 und 4 bezeichneten Betrieben: 10 Stunden;
- b) in den im § 2, Absatz 1, unter lit. b) bezeichneten Betrieben: 11 Stunden;
- c) für die im § 2, Absatz 1, Schlusssatz, bezeichneten Hilfsarbeiter in fabrikmäßigen Betrieben: 12 Stunden.

Während dieser Mindestruhezeit können Hilfsarbeiter — unbeschadet der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Pflichten des Lehrlings, insbesondere des § 99 b — nicht verhalten werden, im Betriebe anwesend zu sein oder Arbeitsleistungen zu verrichten.

In diese tägliche Mindestruhezeit dürfen die Arbeitspausen des § 3 nicht einbezogen werden.

§ 5.

Überstunden.

Eine Verlängerung der täglichen Arbeitsdauer ist nur an Wochentagen und zwar nur dann zulässig, wenn Naturereignisse oder Unfälle den regelmäßigen Betrieb unterbrochen hatten, wenn ein unvorhergesehener Zwischenfall die Verlängerung des Betriebsprozesses notwendig macht, oder wenn ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eingetreten ist.

Die Verlängerung der Arbeitszeit wegen vermehrten Arbeitsbedürfnisses darf nur an 40 Tagen im Kalenderjahre stattfinden. Es ist hierbei jeder Tag anzurechnen, an welchem im Betriebe auch nur ein Hilfsarbeiter zur Überstundenarbeit herangezogen wurde.

Bei Inanspruchnahme von Überstunden darf die Mindestruhezeit (§ 4) nicht verkürzt werden.

Der Anlaß für die Inanspruchnahme von Überstunden sowie die Zahl der geleisteten Überstunden ist in besonderen Verzeichnissen vorzumerken, welche auf Verlangen der Gewerbebehörde sowie dem Gewerbeinspektor vorzulegen sind.

Die Anlage und Führung dieser Vermerke obliegt dem Betriebsinhaber, welcher sie bis zum Ablauf des dem Eintragungsjahre nachfolgenden Kalenderjahres im Betriebe aufzubewahren hat.

Für diese Verzeichnisse können im Verwaltungswege bestimmte Formulare vorgeschrieben werden.

§ 6.

Die Überstunden sind besonders zu entlohnen. Überstunden, die durch Verschulden von Hilfsarbeitern veranlaßt wurden, sind jedoch den Schuldtragenden gar nicht zu vergüten.

Die für die Entlohnung der Überstunden jeweils getroffene Vereinbarung ist vom Betriebsinhaber in den Arbeitsräumen anzuschlagen.

§ 7.

Sonntagsruhe.

An Sonntagen haben alle Erzeugungsarbeiten im Betriebe während 12 aufeinanderfolgender Stunden zu ruhen; diese Ruhezeit darf nicht später als um 10 Uhr früh beginnen.

Vor ihrem Ablauf darf nur der Vorteig (Sauerteig) hergestellt und es dürfen hiezu nur die unbedingt nötigen Hilfsarbeiter verwendet werden; solchen Hilfsarbeitern ist jedoch vorher eine mindestens zwölfstündige ununterbrochene Sonntagsruhe zu gewähren.

Hilfsarbeitern, welche an einem Sonntag durch mehr als 3 Stunden zu irgendeiner Arbeit verwendet wurden, ist eine mindestens 24stündige Ruhezeit am darauffolgenden Sonntag, oder wenn dies mit Rücksicht auf den Betrieb nicht möglich ist, an einem Wochentag, oder je eine sechsstündige Ruhezeit an zwei Tagen der Woche zu gewähren. Diese sechsstündigen Ruhezeiten an Wochentagen dürfen jedoch nicht in die im § 4 vorgeschriebene ununterbrochene Ruhezeit fallen und müssen sich an diese unmittelbar anschließen.

§ 8.

Beschränkung der Nachtarbeit jugendlicher Hilfsarbeiter.

Jugendliche Hilfsarbeiter unter 16 Jahren dürfen zur Nachtarbeit nicht herangezogen werden.

Von diesem Verbot sind jene männlichen Lehrlinge ausgenommen, die in Weißbäckereien verwendet werden, welche innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden nur einmal Weißgebäck erzeugen. Ihre Verwendung darf auch in diesem Fall nur zur Tafelarbeit und während vier aufeinanderfolgender Stunden, und zwar nur so erfolgen, daß die Nachtarbeit des Lehrlings entweder zur Gänze vor oder zur Gänze nach 1 Uhr nachts angeordnet wird. Solche Lehrlinge dürfen, so oft sie zur Nachtarbeit herangezogen werden, innerhalb 24 Stun-

den nicht länger als insgesamt acht Stunden zur gewerblichen Arbeit verwendet werden.

§ 9.

Verlautbarungen.

In jedem Betrieb sind die für diesen geltenden Bestimmungen über die Arbeitsdauer, die Arbeitspausen, die Sonntagsarbeit, die Sonntagsruhe, die Ersatzruhe und die Vereinbarungen über die Entlohnung der Überstunden in übersichtlicher Weise in den Arbeitslokalen anzuschlagen.

Die Anschläge sind stets in leserlichem Zustande zu erhalten.

Im Verordnungswege können Bestimmungen über Form und Führung der Anschläge erlassen werden.

Besondere Vorschriften für alle Bäckerlehrlinge.

§ 10.

Lehrlinge sind vor ihrer Aufnahme in Bezug auf ihre körperliche Eignung zum Gewerbe durch einen Amtsarzt oder einen andern dafür amtlich bestellten Arzt einer Untersuchung zu unterziehen. Über deren Ergebnis ist den Lehrlingen auf Verlangen ein Zeugnis auszustellen.

Das Zeugnis ist vom Lehrherrn während der Dauer des Lehrverhältnisses aufzubewahren über Verlangen der Gewerbebehörde oder dem Gewerbeinspektor vorzuweisen und nach Lösung des Lehrverhältnisses dem Lehrling, bzw. dessen gesetzlichem Vertreter zurückzustellen.

Gewerbehhaber, welche einen nicht zu ihrem eigenen Familienstand gehörigen Lehrling ohne ein solches, dessen Tauglichkeit aussprechendes Zeugnis aufnehmen und verwenden machen sich einer Übertretung schuldig. Überdies kann die Gewerbebehörde, falls nicht ein Tauglichkeitszeugnis nachträglich beigebracht werden kann, die Auflösung des Lehrvertrages verfügen.

Im Verordnungswege sind nähere Bestimmungen über die vorstehend erwähnten Untersuchungen und Zeugnisse sowie darüber zu treffen, welche Ärzte neben den Amtsärzten

zur Untersuchung von Lehrlingen und zur Ausstellung von Zeugnissen im Sinne des Absatzes 1 zu ermächtigen sind.

§ 11.

Zum Teilbieten von Brot und sonstigen Bäckerwaren von Haus zu Haus dürfen Lehrlinge unter 18 Jahren nicht verwendet werden.

§ 1

Besondere Anordnungen hinsichtlich der der Gewerbeordnung nicht unterliegenden Bäckereien.

Die Bestimmungen des § 74 der Gewerbeordnung sowie des Gesetzes vom 17. Juni 1883, R.-G.-Bl. Nr. 117, betreffend die Bestellung von Gewerbeinspektoren, haben auch auf die unter dieses Gesetz fallenden, der Gewerbeordnung nicht unterliegenden Bäckereiunternehmungen Anwendung zu finden.

§ 13.

Strafbestimmungen.

Übertretungen der Vorschriften dieses Gesetzes sind gleich wie Übertretungen der Gewerbeordnung nach den für diese geltenden Bestimmungen zu bestrafen und es haben hierbei auch hinsichtlich der zuständigen Behörden und des einzuhaltenden Verfahrens die entsprechenden Vorschriften der Gewerbeordnung Anwendung zu finden.

Schlußbestimmungen.

§ 14.

Für die unter dieses Gesetz fallenden gewerblichen Bäckereibetriebe, hzw. deren dort bezeichnete Hilfsarbeiter treten die Bestimmungen der §§ 74 a, 95, Absatz 2, 96 a, 96 b, Absatz 4 der Gewerbeordnung und der Artikel II, VI und VII des Gesetzes, betreffend die Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe im Gewerbebetriebe, vom 16. Jänner 1895, R.-G.-Bl. Nr. 21, in der Fassung des Gesetzes vom 18. Juli 1905, R.-G.-Bl. Nr. 125, außer Kraft.

§ 15.

Dieses Gesetz tritt mit dem ersten Tage des sechsten, auf die Kundmachung folgenden Kalendermonats in Wirksamkeit.

Die Bestimmungen des § 10 hinsichtlich der Aufnahme und Verwendung von Lehrlingen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses finden auf solche Lehrlinge keine Anwendung, deren Eintritt in ein Lehrverhältnis vor Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes erfolgte.

§ 16.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist Mein Handelsminister im Einvernehmen mit Meinen anderen beteiligten Ministern betraut.

□ □ □